

Schweiz

Solarbranche befürchtet Rückschlag

Energie Besitzer von Solaranlagen sollen künftig mehr dafür bezahlen, dass sie ans Stromnetz angeschlossen sind. Die Stromwirtschaft hält das für gerecht. Die Solarbranche indes sieht die Rentabilität der Anlagen gefährdet.

Stefan Häne

Es ist ein schwieriges Geschäft, das Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP) von ihrer Vorgängerin Doris Leuthard (CVP) übernommen hat. Die geplante Revision des Stromversorgungsgesetzes stösst auf Widerstand, weil mit der vorgesehenen Öffnung des Strommarkts Schweizer Ökostrom durch schmutzigen Billigstrom aus dem Ausland – beispielsweise aus deutschen Kohlekraftwerken – unter Druck geraten könnte. Die Vorlage löst aber auch aus einem anderen, in der Öffentlichkeit bislang kaum beachteten Punkt Abwehrreflexe bei den Promotoren neuer erneuerbarer Energien aus.

Die Stromtarife sollen sich künftig stärker danach ausrichten, welche Anschlussleistung der Kunde bezieht. Private Haushalte, die etwa mit einer Solaranlage selbst Strom produzieren, bezahlen so allenfalls mehr für ihren Anschluss. Heute sei ihr Beitrag an die Netzkosten zu gering, argumentiert der Bundesrat. Erst recht wird dies seiner Ansicht nach der Fall sein, wenn der Strom – wie im Einklang mit der Energiestrategie 2050 geplant – künftig vermehrt beim Verbraucher erzeugt werden soll. Als Folge davon müssen die Verteilnetze um- und ausgebaut werden – eine milliardenschwere Investition. Deren Höhe lässt sich zwar etwa durch den Einsatz digitaler Technologien im Netz senken, gross werden die Kosten gleichwohl bleiben.

Maximalleistung entscheidet

Diese Netzkosten sind vorwiegend fixkostenlastig. Deshalb sollen die Stromkunden neu für die Leistung bezahlen, die ihnen zu jedem Zeitpunkt im Netz maximal zur Verfügung steht – und damit die Flexibilität, die sie beanspruchen. Was damit gemeint ist, veranschaulicht der Vergleich mit dem Internet: Der Kunde bezahlt für seinen Breitbandanschluss. Je mehr Leistung er bezieht, desto teurer ist sein Abo, unabhängig davon, ob er selten surft oder dauernd online ist.



Die Energiestrategie 2050 sieht vor, dass künftig mehr Strom beim Verbraucher produziert wird: Haus mit Solaranlage. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

Für die Betreiber von Fotovoltaikanlagen sei die geplante Neuerung ein Problem, sagt Christian Zeyer, Geschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Swisscleantech. «Da ihre Anlagen idealerweise für den Eigenverbrauch produzieren, verringern sich ihre Einsparungen durch nicht gekauften Strom, wenn sie für ihren Anschluss ans Stromnetz mehr bezahlen müssen.» Das verschlechtere die Rentabilität.

Swisscleantech hat dazu Berechnungen angestellt: Für den Besitzer eines Einfamilienhauses mit einem jährlichen Stromverbrauch von 5000 Kilowattstunden entstünden je nach Tarifgestaltung über die 25-jährige Lebensdauer der Anlage ungedeckte Kosten von bis zu 11000 Franken. «Das hemmt

Einfamilienhausbesitzer, eine Fotovoltaikanlage zu bauen», so Zeyer. Dabei sollte der Trend in die gegenteilige Richtung gehen: Die Energiestrategie 2050 sieht einen Ausbau der erneuerbaren Energie vor; der Fotovoltaik kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Die geplante Änderung des Bundesrat schenkt nicht zuletzt deshalb so ein, weil die Netzkosten, also die Kosten für den Transport des Stroms, heute schon knapp die Hälfte der Stromrechnung ausmachen. Das Bundesamt für Energie (BFE) weist jedoch darauf hin, dass die Vorlage eine explizite Schutzbestimmung zugunsten der Eigenverbraucher enthalte: «Wenn die Netzbetreiber wollen, können sie von den Eigenverbrauchern auch

zukünftig einen Preis verlangen, der sich allein am Verbrauch ausrichtet.»

Wie Mobility-Pricing

Die Kritiker beruhigt das nicht. Für Zeyer von Swisscleantech ist klar: Für einen effizienten Strommarkt brauche es einen anderen Ansatz. «Ziel muss es sein, dass für die Netznutzung ein Markt entsteht.» Der Netztarif soll sich dabei neu an der Knappheit richten – ähnlich wie beim Mobility-Pricing, das Fahrstrecken je nach Zeit und Verkehrsaufkommen verteuert. Heute hätten weder die Produzenten noch die Verbraucher ein Interesse daran, die Produktion oder den Verbrauch zeitlich zu verschieben – mit einem erhöhten Fixkostenanteil an den Netzkosten erst recht nicht. «Kostenwahr-

«Es braucht stärker variable Stromtarife.»

David Stickelberger, Swissolar

heit heisst, dass die Netzgebühren bei nicht ausgelasteten Netzen tiefer ist.» Drohe eine Verstopfung, müssten diese ansteigen.

Ähnlich argumentiert Swissolar, der Fachverband für Sonnenenergie. «Es braucht stärker variable Stromtarife», sagt Geschäftsleiter David Stickelberger. Mit den Smart Meters, also intelligenten Stromzählern, die mehr und mehr eingeführt werden, könne man problemlos fünf verschiedene Tarife einrichten.

«Dann wäre zum Beispiel der Strom an einem kalten Winterabend auf der höchsten Tarifstufe, an einem Sommersonntag auf der tiefsten Stufe.» Mit den heutigen mechanischen Zählern gehe das nicht, diese erlaubten nur zwei Tarife, so Stickelberger. Hilfreich ist laut Swissolar auch der vermehrte Einsatz von Batteriespeichern und Smart-Home-Systemen: «Die intelligente Steuerung sorgt dann dafür, dass beim höchsten Stromtarif Strom von der eigenen Batterie verwendet wird, womit wiederum das öffentliche Stromnetz entlastet wird.»

«Nicht verursachergerecht»

Das Problem: Solche Modelle sind derzeit weder technisch noch juristisch umgesetzt. Bis es so weit ist, verlangt Swissolar Stromtarife, die sich ausschliesslich an der verbrauchten Strommenge orientieren. Der Verband bezweifelt, dass Solaranlagenbetreiber zu wenig an die Netzkosten beisteuern, wie der Bundesrat geltend macht. «Mit ihrer dezentralen Produktion entlasten sie in der Regel das Netz, denn der Strom fliesst im Quartier, anstatt dass er von «oben» von einem grossen Kraftwerk geliefert werden muss.» Ausnahmen seien allenfalls grosse Fotovoltaikanlagen auf abgelegenen Landwirtschaftsgebäuden, für welche Netzausbauten nötig seien.

Der Dachverband der Schweizer Stromwirtschaft (VSE) widerspricht. Direktor Michael Frank spricht von einer «versteckten Quersubventionierung». «Wenn die Solaranlagenbesitzer für den Anschluss ans Netz nichts mehr bezahlen, bezahlen alle anderen umso mehr.» Das Netz müsse nämlich so dimensioniert sein, dass alle Strombezügler ihren gesamten Strombedarf jederzeit aus dem Netz beziehen könnten – und das sei teuer. Der VSE begrüsst deshalb den Plan des Bundesrats. Das heutige System führe zu einer «volkswirtschaftlich und sozial unerwünschten» Umverteilung der Kosten zulasten der übrigen Endverbraucher. Das, so Frank, sei nicht verursachergerecht.

Das einzige weibliche Führungsduo im Bundeshaus

Bundesrat Erstmals seit 10 Jahren steht ein Departement wieder unter der Leitung zweier Frauen.

Sie gelten als Schattenmajestäten im Bundeshaus: Die Männer und Frauen, die die Generalsekretariate (GS) der sieben Departemente leiten, nehmen auf ihre Bundesrätin oder ihren Bundesrat oft entscheidenden Einfluss. Selber bleiben sie dabei im Hintergrund, gleisen auf, spüren vor, koordinieren, geben Ratschläge. Die geschicktesten und zielstrebigsten unter ihnen entwickelten ausserordentliche Machtfülle – so etwa Hans Werder unter Moritz Leuenberger (SP), Walter Thurnherr unter Doris Leuthard (CVP) oder Stefan Brupbacher unter Johann Schneider-Ammann (FDP).

Und wie in der Landesregierung selbst, so waren auch an den Spitzen der Generalsekretariate die Frauen über die Jahre deutlich in der Minderzahl. Noch

Ende 2018 standen nur die GS der beiden SVP-Bundesräte Guy Parmelin und Ueli Maurer unter weiblicher Führung. Parmelins Generalsekretärin Nathalie Falcone, SVP-Mitglied wie er selber, wechselte mit ihrem Chef Anfang 2019 vom Verteidigungs- ins Wirtschaftsdepartement. Das GS von Ueli Maurers Finanzdepartement wiederum leitet Rahel von Kaenel, eine ehemalige Mitarbeiterin von Maurers



Karin Keller-Sutter (l.), Barbara Hübscher Schmuki. Fotos: PD

Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP).

Jetzt steigt eine dritte Frau in diesen Kreis auf: Wie der Bundesrat gestern bekannt gab, wird Barbara Hübscher Schmuki Generalsekretärin des Justizdepartements. Die 1971 geborene studierte Volkswirtin bildet zusammen mit ihrer Chefin Karin Keller-Sutter (FDP) das derzeit einzige weibliche Führungsduo im Bundeshaus. Dass ein Departement von zwei Frauen geleitet wird, ist seit einem Jahrzehnt nicht mehr vorgekommen. Die Bundesrätinnen der letzten Jahre vertrauten stets auf die Dienste männlicher Generalsekretäre. Anders war dies letztmals unter Eveline Widmer-Schlumpf und ihrer Generalsekretärin Sonja Bietenhard im Justizdepartement – eine freilich

eher glücklose Zusammenarbeit, die denn auch 2009 nach knapp zwei Jahren wieder endete. Besser harmonierten SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss und ihre Generalsekretärin Claudia Kaufmann, die von 1996 bis Ende 2002 gemeinsam das Departement des Innern leiteten. Weitere Frauen-duos gab es bisher nicht.

Keller-Sutters Entscheid für Hübscher Schmuki ist auch politisch interessant. In aller Regel setzen die Bundesräte auf Generalsekretäre aus der gleichen Partei oder dem parteinahen Umfeld. Keller-Sutters FDP-Vorgänger Schneider-Ammann etwa holte sich mit Stefan Brupbacher einen Mann aus dem innersten freisinnigen Machtzirkel ins GS. Hübscher Schmuki indes diente zuletzt lange Jahre als stellvertretende Generalsekretärin von

CVP-Bundesrätin Leuthard, davor arbeitete sie für Joseph Deiss, ebenfalls CVP. Mit Hübscher Schmukis Kür sendet Keller-Sutter ein Signal gewisser parteipolitischer Unabhängigkeit aus – ganz ähnlich wie Ueli Maurer, als er sich seinerzeit für die parteilose, aus Widmer-Schlumpfs Entourage stammende Rahel von Kaenel entschied.

Die neu gewählte Viola Amherd (CVP) wiederum hat von Leuthard deren Generalsekretär Toni Eder übernommen, einen CVP-Mann. Walter Thurnherr, Eders Amtsvorgänger bis 2015, auch er aus der CVP, ist heute Bundeskanzler. Leuthards ehemalige oberste Kader sind damit nun allesamt auf wichtige Posten in der Verwaltung verteilt.

Fabian Renz

Burkhalter wegen Krebs operiert

Krankheit Alt-Bundesrat Didier Burkhalter musste wegen einer Krebserkrankung operiert werden. Bei seinem Rücktritt 2017 wusste er noch nichts von seiner Krankheit. Der Neuenburger bestätigte dem «Blick», dass er im Sommer 2018 «völlig aus dem Nichts» die Diagnose Krebs erhielt. Weitere Details gibt Burkhalter nicht bekannt. Der Zeitung «Le Matin» sagte er: «Es geht mir besser. Die Operation war notwendig wie auch wirksam.» Nun muss er weiterhin zur Kontrolle. Der 58-jährige findet, krank zu sein, sei eine Schule fürs Leben. «Man sieht sein Dasein und die Zeit aus einem anderen Blickwinkel.» Burkhalter sagt weiter, dass er als Bundesrat zu viel gearbeitet habe – «bis zu 100 Stunden pro Woche.» Seine Frau habe ihn vor der übermässigen Belastung gewarnt. «Aber ich habe nicht genug auf sie gehört.» (sda)